2012/28 Dossier

https://jungle.world/artikel/2012/28/wenn-die-eliten-ratlos-sind-fragen-sie-die-anarchisten

David Graeber über Krise, Schulden und Kommunismus

»Wenn die Eliten ratlos sind, fragen sie die Anarchisten«

Von **Felix Klopotek**

Der US-amerikanische Ethnologe und Anarchist David Graeber erläutert, weshalb die freie Weltgesellschaft nicht auf Geld verzichten muss und warum wir heute schon im Kommunismus leben.

Derzeit gibt es in Deutschland kaum eine Tageszeitung, kaum ein Magazin, das Ihr Buch »Schulden« nicht groß besprochen hätte. Der Verlag meldet eine Woche nach Veröffentlichung bereits 30 000 verkaufte Exemplare, auf Ihrer Lesereise sind Sie in feinen Hotels untergebracht, Sie treten im deutschen Fernsehen auf …
Ja, das ist verrückt, damit hätte ich nie und nimmer gerechnet.
Und es sind vor allem für ihre konservative oder neoliberale Haltung bekannte Journalisten, die den Hype um Sie entfesselt haben.
Faszinierend, oder? In Deutschland scheint mir die Situation eine besondere zu sein. Aber einen Vorgeschmack darauf habe ich schon in den USA nach dem Erscheinen der Originalausgabe bekommen. Auch dort gab es aufgeschlossene Besprechungen von konservativer Seite. Eigentlich sind die Rechten in den USA überhaupt nicht am Erhalt des Systems interessiert, sie verhalten sich zumindest, als wären sie es nicht: sehr destruktiv und hemmungslos raffgierig. Konservativ im eigentlichen Sinne ist derzeit nur Obama, der alles daran setzt, dass dieses System irgendwie überlebt. Verglichen mit ihm verhält sich die rechte Opposition regelrecht systemwidrig. Die wenigen Konservativen in den USA, die sich ernsthaft Gedanken um den Kapitalismus und ihre Vormachtstellung darin machen, die lesen eben mein Buch.
In Deutschland scheint diese Haltung noch ausgeprägter zu sein. Mein Eindruck ist, dass die Konservativen verzweifelt nach einer Theorie suchen, die wieder große geschichtliche Zusammenhänge erklärt. Durch die Entfesselung der Finanzmärkte, von den Konservativen vor 30 Jahren selbst bewirkt, hat sich die Politik jeglicher Planungsmöglichkeit beraubt. Schauen Sie sich an, wie die Politiker in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise handeln: Sie denken von Quartal zu Quartal, es ist ihnen nicht möglich, darüber hinausgehende Perspektiven zu entwickeln. Die Konservativen haben

also ein radikal antikonservatives, sich selbst immer wieder umwälzendes und dabei sich bedrohendes System geschaffen. Und die marktradikalen Liberalen haben unüberschaubare und unkontrollierbare Märkte geschaffen – also genau das Gegenteil von Handlungsfreiheit und Souveränität.
Wenn die herrschende Klasse nicht mehr weiter weiß, liest sie die Bücher der Gegenseite und adaptiert deren revolutionäre Ideen.
Aber nicht nur in Krisenzeiten – das tun sie immer. Ich halte viel von der Annahme, dass die Revolutionen der Neuzeit Weltrevolutionen sind. Seit dem 19. Jahrhundert gibt es keine bloß auf ein Land bezogene gesellschaftliche Umwälzung mehr. Das bedeutet, dass mit jeder Revolution sich auch das politische Denken ändert – weltweit. Keine Elite kann sich mehr leisten, zu sagen, dieses und jenes Ereignis betrifft uns nicht, es findet ja weit weg statt. Leben wir in revolutionären Zeiten? Und ob! Letztes Jahr haben wir die Aufstände im arabischen Raum erlebt, dann eine seit Jahrzehnten so nicht mehr dagewesene Protest- und Besetzungswelle in zahllosen Großstädten. Ich rede hier nicht von Erfolgen, die Revolution hat gerade erst begonnen, es gibt Rückschläge. Aber man kann schon jetzt sagen, dass es wieder Platz für ein neues politisches Denken gibt, dass sich das Alltagsbewusstsein schlagartig geändert hat. Sehr viele Leute haben erfahren, dass sie den lähmenden Lauf der Dinge beeinflussen können. In diese Zeit gehört mein Buch.
Hinzu kommt die tiefe Ratlosigkeit der Eliten: Man hat den Eindruck, sie selbst wissen nicht mehr, was Geld ist, sie vertrauen ihrer eigenen Finanzordnung nicht mehr.
Das stimmt. Unfreiwillig geben sie das auch offen zu. Wie aus dem Nichts sind aberwitzige Milliardenbeträge vorhanden, um, sagen wir, den griechischen Staatshaushalt zu stützen, was aber trotzdem nicht funktioniert. Wenn es jedoch darum geht, konkret vor Ort, im kommunalen Bereich irgendetwas zu machen, eine Schule zu sanieren, sich um die Straßenbeleuchtung zu kümmern, ist auf einmal kein Geld vorhanden. Das erleben die Leute als tiefen, absurden Widerspruch.
Jemand hat mal gesagt, die Zeit für eine Revolution sei dann reif, wenn die Leute es nicht mehr nötig haben, hinter einer roten Flagge herzulaufen. Sie sind Anarchist, der Spruch könnte auch von Ihnen stammen.
Ich würde sagen, dass die Bewegung in den Metropolen, die unter dem Namen »Occupy« bekannt geworden ist, anarchistisch ist, weil sie sich weigert, unter einem Label zu firmieren, und sei es das des Anarchismus. Das Neue an dieser Bewegung ist ihre Skepsis gegenüber Identitäten und Labels. Ich habe mich vor Jahrzehnten entschlossen, mich Anarchist zu nennen, weil ich das für einen Akt intellektueller Redlichkeit gehalten habe. Heute entdecke ich, dass soziale Bewegungen, unabhängig davon, wie unterschiedlich ihre Geschichte ist, die gleichen Zukunftsvorstellungen entwickeln. Ich spreche mit südkoreanischen Gewerkschaftern aus der Automobilindustrie, und sie erzählen mir von ihren Ideen der Selbstverwaltung und des antistaatlichen Kampfes. Das gleiche höre ich von kurdischen Freiheitskämpfern in den Bergen der Türkei. Und von New Yorker Angestellten der Post. Diese Gleichzeitigkeit in dem Streben nach Autonomie, nach Basisorganisation, nach antistaatlichem Verhalten ist bahnbrechend.
Geht nicht in Ihrem Enthusiasmus eine wichtige soziale Unterscheidung verloren? Dass nämlich nicht eine Konfrontation der 99 Prozent mit dem winzigen elitären Rest stattfindet, sondern man doch eher von Klassenkampf reden müsste. Offensichtlich will die

»Occupy«-Bewegung das aber nicht.
»Wir sind 99 Prozent« ist ein Slogan, keine wissenschaftliche Aussage, seien Sie nicht so ungnädig! Und sind Sie sicher, dass der Begriff »Klassenkampf«, der die Konfrontation von Arbeitern und Kapitalisten bezeichnet, so viel präziser ist? (lacht) Sie machen sich keinen Begriff davon, wie hemmungslos das superreiche eine Prozent in den USA seine Gier und Arroganz ausstellt, in welchem Maße sich Reichtum mittlerweile in politische Macht verwandelt hat, wie konsequent in den vergangenen Jahrzehnten jegliche Gesetzgebung dieser Elite zugute gekommen ist. Es gibt keine Korruption in den USA mehr – weil sie legalisiert wurde! Das ist keine Dekadenz, sondern hat damit zu tun, dass sich in der Struktur des Kapitalismus selbst etwas Entscheidendes verändert. Nur noch 16 Prozent der Profite werden in der Industrie erwirtschaftet, und selbst das ist geschummelt, denn etwa die großen Automobilunternehmen erwirtschaften den Großteil ihres Profits mit Finanzspekulationen, an denen sie sich beteiligen. Als in New York durch Studiengebühren auf Jahre hinaus hochverschuldete Studierende die Parks und Plätze besetzt haben, erfuhren sie auch deshalb von Arbeitern und Angestellten Solidarität, weil diese selbst verschuldet sind. Die erkannten sich in diesem Protest wieder. Ausbeutung findet immer weniger über die Löhne statt, sondern über die direkte Enteignung der Arbeitervermögen durch die sogenannte Finanzindustrie und die brutale Steuergesetzgebung des Staates.
Ein Marxist würde an dieser Stelle einwenden, dass diesem Verhältnis immer noch die klassische Verwertung menschlicher Arbeitskraft zugrunde liegt, Industriearbeit ist der Kern dieser Ausbeutung.
Der Kern – vielleicht. Aber sie macht nicht ihren Großteil aus.
Sie wissen, welcher Gedanke hinter dem Einwand steckt.
Sie spielen auf den tendenziellen Fall der Profitrate an.
Mit anderen Worten, auf die strukturelle Blockade, dass die Kapitalisten ihren Kapitalüberschuss nicht mehr produktiv, also gewinnbringend, in den Produktionssektor reinvestieren können, was dazu führt, dass sie, um weiter Gewinne zu erzielen, in die Sphäre der Finanzdienstleistungen ausweichen und dort spekulieren.
Einverstanden, da machen die Marxisten einen Punkt. Aber viele Marxisten haben daraus eine Zusammenbruchsprognose abgeleitet, die sich so nie bewahrheitet hat. Sie haben in letzter Konsequenz die Entwicklung der Finanzsphäre sträflich vernachlässigt und sind immer auf ein bestimmtes Bild vom revolutionären Subjekt – auf den klassischen Industriearbeiter – fixiert geblieben. Deshalb können sie die neuen Allianzen, wie ich sie eben skizziert habe, kaum einschätzen und verfolgen eine antiquierte Vorstellung von Revolution.
Kommen wir zu Ihrem Werk »Schulden«. Sie sprachen von dem Bedürfnis, gerade auch auf Seiten der herrschenden Klasse, nach einer großen Theorie. Dieses Bedürfnis scheint Ihr Buch zu stillen, Sie erzählen die Geschichte der Schulden als die Geschichte der Ursünde.
Oh, bitte keine religiösen Metaphern! Viele Leute werfen mir vor, ich würde die fünftausendjährige Dauer ein und desselben Mechanismus behaupten. Natürlich nicht. Aber mich interessiert tatsächlich, wie bestimmte Mechanismen immer wieder auftauchen. Sie verändern sich, haben ein unterschiedliches Gewicht in der Geschichte. Es gibt einen Zusammenhang zwischen militärischer Organisation, Aufrüstung und der Durchsetzung der Geldwirtschaft – das wiederholt sich wie ein Zwang in der Geschichte der Herrschaft, aber die Auswirkungen dieses Zwangs sind in den Menschheitsepochen jeweils

verschieden. Es gibt kein übergeschichtliches Prinzip der Schuldenabhängigkeit.
Dennoch werfen Ihnen Kritiker vor, Sie würden zu wenig zwischen der kapitalistischen Form des Kredits und der antiken unterscheiden.
Es gibt einen Unterschied, was für eine Überraschung! (lacht) Natürlich ist mir der Unterscheid bewusst, ich wollte aber zeigen, dass der Kapitalismus nicht aus dem Nichts erwachsen ist, sondern sich bestimmter, bereits länger existierender Geld- und also auch Kredit- und Schuldenformen bedient. Virtuelles Geld hat es schon lange vor der Einführung computergestützter Spekulationen gegeben. Um genau zu sein: Das erste Geld überhaupt war virtuell. Ich denke, es ist wichtig, solche Verbindungen aufzuzeigen, um deutlich zu machen, dass der Kapitalismus ein historisches System ist, das sich nur auf der Basis bestimmter Voraussetzungen entwickeln konnte. Kapitalismus ist kein Verhängnis.
Die Pointe Ihrer Forschungen ließe sich so formulieren: Wir leben bereits im Kommunismus, weil immer mehr Menschen danach trachten, ihre Beziehungen zu Freunden, Kindern, Verwandten, Genossen nicht nach funktionalistischen, verwertungslogischen Geschichtspunkten zu gestalten, sondern eben nach kommunistischen.
(lacht) Ja, genau, bis zu einem gewissen Grad ist der Kommunismus bereits Realität. Wir haben immer schon in ihm gelebt. Er ist der Rohstoff des Lebens. Aber man kann ihn zerstören, die Gefahr besteht immer. Und heutzutage ist das Kapital nur noch eine Hülle, an sich schon unproduktiv, im Verfall begriffen. Nein, das geht zu weit. Das Kapital ist kein Parasit. Ich würde sagen: Kapitalismus ist die schlechtestmögliche Weise, den Kommunismus zu organisieren. Man kann nicht behaupten, es gebe unter der Hülle des Kapitals intakte Strukturen der Menschlichkeit, unser Leben ist auf mannigfaltige Weise mit dem Kapital verwickelt, diese Verfilzung müssen wir analysieren. Umgekehrt müssen wir uns aber auch vor Augen führen, dass viele Handlungs- und Kommunikationsformen auf etwas anderes zielen als auf Profitmaximierung. Unser Gespräch ist nicht kapitalistisch, Sie können es kapitalistisch verwenden, indem Sie es meistbietend an ein Magazin verkaufen, das damit seine Auflage zu halten hofft (hiermit geschehen, F. K.). Aber diesen Gebrauch muss man von der ursprünglichen Form der Interaktion unterscheiden.
Kommunismus ist für Sie keine Utopie, sondern eine Angelegenheit alltäglicher Praxis.
Es gibt eine sehr gefährliche Implikation des Utopischen: die Formulierung eines Idealzustandes, nach dem sich alle, völlig unabhängig von ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten, richten müssen. Vor diesem utopischen Denken warne ich.
Anders gesagt, Sie streben den Kommunismus nicht an, sondern gehen von ihm aus.
Richtig. Ich weiß gar nicht, ob es so erstrebenswert ist, dass alles kommunistisch organisiert ist. Kommunismus ist ja keine Vorschrift.
Und Ihre Zweifel an einer kommunistischen Utopie gehen so weit, dass Sie sogar von der Forderung nach der Abschaffung des Geldes abrücken, immerhin einer der zentralen Topoi der kommunistischen Bewegung seit Karl Marx.
Ob das Geld jemals ganz verschwinden wird, wer kann das sagen? Ich denke, in einer befreiten Gesellschaft ist es möglich, Geld so einzusetzen, dass es seine Funktion als vergleichende Maßeinheit für unterschiedliche Werte behält. Es ist schwer, sich eine komplexe Weltgesellschaft vorzustellen, in der bestimmte unterschiedliche Werte oder Arbeitsleistungen nicht über Geld miteinander vermittelt werden. Es wird diese

Zusammenhänge, die Geld als Bezugspunkt erfordern, vermutlich weiterhin geben. Die große Frage ist: Was sind das für Zusammenhänge? Welche gesellschaftlichen Bereiche wollen wir unbedingt aus dem Geldsystem ausklammern? Es ist sehr abstrakt, zu sagen, dass die natürlichen Ressourcen und unsere Bedürfnisse unvermittelt zusammengehen und dass es keine Mittlerinstanz mehr zu geben braucht, die ein einsichtiges, planbares Verhältnis zwischen beiden herstellt.
Sie zitieren den Historiker Moses I. Finley …
… mein Lieblingszitat …
»Streicht alle Schulden und verteilt das Land neu.« Das sei das Programm aller Aufstände. Er bezog es präzise auf die antike Welt.
Aber Sie greifen diese Forderung auf. Das ist auch Ihrem begeisterten Rezensenten Frank Schirrmacher aufgefallen, der in leitender Position für die führende konservative Tageszeitung in Deutschland tätig ist, definitiv kein Anarchist. Nun, diese Forderung Finleys, kann man die nicht auch als Appell an den starken Staat verstehen? Es ist immerhin der Staat, der das Gewaltmonopol innehat und eine Neuverteilung des Bodens von oben herab diktieren kann.
Wieso den Umweg über den Staat nehmen? Warum ihn nicht direkt attackieren? Wenn wir den Staat abschaffen, schaffen wir auch das Schuldensystem ab und die Eigentumsordnung, die der Staat mit seiner Gewalt aufrechterhält. Es ist einfacher, den Staat abzuschaffen, als von ihm eine Neuordnung der Eigentumsverhältnisse einzufordern.
Als der amerikanische Staat sich konstituiert hat, haben das – von der anderen Seite – seine Gründungsväter sehr klar erkannt. Die amerikanische Verfassung und unsere Unabhängigkeitserklärung sind im Kern nicht demokratisch, sondern schreiben eine Eigentumsordnung fest, die Besitzende privilegiert und Nicht-Besitzende von diesem Reichtum ausschließt. John Adams, einer der Gründungsväter und ab 1797 der zweite Präsident der USA, hatte das erkannt: In einem Land, in dem neun Millionen Einwohner über keinerlei Besitz verfügen, während zwei Millionen alles unter sich aufteilen, würde Demokratie, tatsächlich verstanden als Volksherrschaft, diesem Zustand ein Ende bereiten. Das wollte nicht nur er verhindern. Die Forderung nach der Neuaufteilung des Bodens ist letztlich eine Forderung gegen den Staat.
Andererseits können Schuldenerlass und Bodenreform auch den kapitalistischen Aufschwung beflügeln, vor allem in Nachkriegszeiten. Als die BRD die DDR geschluckt hat, haben die Sieger die Bodenreform, die im Osten als Maßnahme gegen die preußischen Junker durchgeführt wurde, nicht rückgängig gemacht.
Das will ich gar nicht bestreiten, Sie finden in der Geschichte, gerade auch in der jüngeren, zahlreiche Beispiele, wie dieses Reformprogramm einen Boom auslöste. Der Erfolg der ostasiatischen Tigerstaaten beruht ursprünglich auf solchen Vorgängen. Aber sie waren militärisch initiiert, gingen von einer sich konstituierenden Staatsmacht aus, also von oben. Und das ist nicht meine Perspektive.
Ihre konservativen Fans erwarten, dass sie bei Ihnen – trotz Ihrer Gesinnung – ein Rezept finden, wie man die Schuldenlast loswird und einen Boom durch ein neues Reformprogramm auslösen kann.
Weil es schon einmal funktioniert hat.
Weil sie hoffen, dass es noch einmal funktionieren wird.
Nein, sie bangen, dass überhaupt irgendetwas funktioniert. Die Eliten sind ratlos. Dann

kommen selbst sie zu den Anarchisten.
Spanien bricht gerade weg, Europas viertgrößte Ökonomie, vor ein paar Jahren noch eine Boom-Zone des Euro.
Heute boomt da nur noch eine groteske Jugendarbeitslosigkeit. Es liegt auf der Hand, es muss etwas passieren, es wird etwas passieren. Solange experimentiert man halt ein bisschen, zu diesen Experimenten zählt auch die Auseinandersetzung mit meinem Buch. Ich habe mit einem Ökonomen der Federal Reserve, der amerikanischen Zentralbank, gesprochen, der einen sehr besorgten Eindruck machte. Die Fed hat erst kürzlich ein Weißbuch veröffentlicht, mit einigen Thesen zum Schuldenabbau, die sie beinahe bei mir abgeschrieben haben könnten.
Die herrschende Klasse imitiert also Ihre anarchistischen Thesen, zumindest partiell, zumindest dem Anschein nach. Würden Sie denn auch die Tea-Party-Bewegung als eine derartige Imitation ansehen, sozusagen eine Art rechten Anarchismus?
Nein, nein, das ist völlig abwegig. Sie war von Anfang an mit den Republikanern verbunden und ist in diese Partei integriert, es ging ihr darum, bestimmte Kandidaten für die Kongresswahlen durchzusetzen. Das ist kein rechter Anarchismus, was auch immer dieser Begriff eigentlich bedeuten mag. Die Tea-Party-Bewegung agiert so plump, so aufdringlich aggressiv, dass ich einmal vermutet habe, sie werde eigentlich von einer verschwörerischen Maoisten-Gruppe geleitet. Deren Ziel sei es, den amerikanischen Imperialismus durch eine ganz besonders dumme Bewegung von selbst zu zerstören.
Täuschen Sie sich nicht, Maoisten sind clevere Verschwörer! (lacht)
Aber im Ernst, es gibt doch einen ausgeprägten antistaatlichen Affekt unter bestimmten amerikanischen Konservativen, ich denke da an den gescheiterten Präsidentschaftskandidaten Ron Paul.
Richtig. Und man muss Ron Paul zugestehen, dass er Dinge beim Namen nennt, von denen die Linke schweigt. Er spricht vom amerikanischen Imperialismus, ganz unumwunden. Er erwähnt den Zusammenhang zwischen Imperialismus, Militärbudget und Schuldenwirtschaft. Er hat völlig abwegige Zukunftsvorstellungen – Auflösung der Zentralbank, Rückkehr zum Goldstandard. Aber seine Beschreibung der Wirklichkeit ist in einigen Punkten offener und klarer als die vieler Linker.
Wieso lässt sich die amerikanische Linke, zumindest die offizielle, dermaßen den Schneid abkaufen?
Weil sie staatsfixiert ist, weil sie sich seit 20 Jahren nicht mehr mit Außenpolitik auseinandersetzt und weil sie auf Bush regelrecht fixiert gewesen ist. Viele Linke konnten sich gar nicht vorstellen, dass Obama das Erbe von Bush antritt – unmöglich, so sehr war ihnen Bush verhasst. Unter Bush hat es eine absurde Militarisierung der amerikanischen Gesellschaft gegeben, die Polizei wurde zu einer High-Tech-Armee hochgerüstet, das hat Milliarden gekostet. Obama hat nie erwogen, diesen wuchernden Polizeiapparat wieder zu reduzieren, ihn vielleicht sogar aufzulösen. Und wer die Waffen besitzt, der will sie auch gebrauchen.
Der Zeitpunkt war gekommen, als die »Occupy«-Bewegung die ganzen USA ergriff – in 400 Städten sind wir aktiv gewesen! »Occupy« sah sich einem massiven staatlichen Gewaltapparat gegenüber. Das ist wirklich neu, denn »Occupy« wird von weißen Mittelstandsangehörigen getragen, in dieser Klasse gibt es seit den Flower-Power-Kids keine Erfahrung mit staatlicher Repression. Aber die war auf einmal da, sehr massiv, und

sie fand unter einer von Demokraten geführten Regierung statt. Viele Aktivisten sind in der demokratischen Partei.
Ein Grund, warum »Occupy« diese mediale Beachtung fand, war einfach der, dass viele PR-erfahrene Wahlkampfaktivisten Obamas bei uns mitgemacht haben und »Occupy« ziemlich gut in den Medien platzieren konnten. Diese Leute waren auf einmal mit einer Gewalt konfrontiert, die von einer Regierung ausging, der gegenüber sie sich als loyal verstehen. Die Reaktion darauf war Panik. Eine Panik, die sich aber nach innen, gegen »Occupy« selber richtete. Auf einmal gab es innerhalb der Bewegung die Frage, ob wir die Gewalt nicht provoziert hätten, ob ein paar zerschlagene Schaufensterscheiben auf einer Demonstration nicht der eigentliche Auslöser der Repressalien wären. So konnten diese Leute ihre Loyalität gegenüber der Regierung bewahren und sich trotzdem als Teil von »Occupy« verstehen – als der friedfertige, liberale, rundum gute Flügel.
Und der andere Flügel? Macht der weiter?
Oh ja, es gibt viele Initiativen, viele sind noch sehr klein, aber ein Anfang ist gemacht. Es gibt »Occupy Home«, eine Bewegung, der es darum geht, dass zwangsgeräumte Hauseigentümer und Mieter ihre Häuser wieder zurückholen, die Leute verhalten sich sehr solidarisch untereinander und unterstützen sich bei den Besetzungen gegenseitig. Dann wäre da »Occupy Farm«, haben Sie davon schon gehört? Das wird komplett totgeschwiegen. Im Bundesstaat New York sind mittlerweile acht aufgegebene Farmen besetzt, Ziel ist es, dass die Bewegung ihre eigenen Nahrungsmittel produzieren kann. Es gibt seit ein paar Monaten einen Medienboykott. Aber der hat auch Vorteile. Jetzt besteht die Chance, dass wir eine Graswurzelbewegung aufbauen können, in größerer Ruhe und tatsächlich von der Basis aus. Wenn wir davon ausgehen, dass es zu einem Crash kommt, und einiges spricht dafür, sollte es Leute geben, die in der Lage sind, die zerbrochenen Teile wieder aufzusammeln und den Opfern dieses ökonomischen Systems eine emanzipatorische Perspektive zu eröffnen. Wir wollen diese Leute sein. Denn natürlich besteht die Gefahr, dass das Regime noch autoritärer aus der Krise hervorgeht, als es jetzt schon ist, und dafür auch Unterstützung in der Bevölkerung findet.
In einem Satz gesagt: Die Revolution beginnt vor der Revolution. Ist das ihre Strategie?
Genau.

Nachbemerkung: Rohstoff und Schranke – David Graebers Kommunismus

Es ist wie auf einem dieser Suchbilder: Wer oder was passt nicht in dieses Szenario? In der Lounge eines Kölner Nobelhotels sitzt David Graeber in Erwartung seiner Interviewpartner. Brigitte Nielsen, die aktuelle Dschungelcamp-Gewinnerin, kommt mit ihren hässlichen Kläffern entlanggestakst, Graeber hockt da in seinem dicken Pullover und der ausgebeulten Jeans, viel zu warm angezogen für diesen selten heißen Frühlingstag. Zwei Tage nach dem Interview wird Graeber in Maybritt Illners Talkshow zu sehen sein und auf Einladung Frank-Walter Steinmeiers mit dem Spaßphilosophen Richard David Precht vor der SPD-Bundestagsfraktion auftreten. Er ist einer der gefragtesten Stars der Saison.
Seit den neunziger Jahren engagiert sich der aus einer linken New Yorker Familie stammende Anthropologe in der No-Global-Bewegung, er ist der bekannteste Exponent von »Occupy«. Graeber erkundigt sich zunächst, ob es in Köln eine Besetzerbewegung gebe (gibt es – sie hat sich erst kürzlich ein Autonomes Zentrum erstritten), er seufzt und bedauert, bislang nur wenige Kontakte nach Deutschland zu haben. Dabei ist Deutschland

Graeber-Land, 30 000 verkaufte Exemplare meldete der Verlag zwei Wochen nach Erscheinen seines Buches »Schulden«. Der Pantheon-Verlag, der zum Bertelsmann-Konzern gehört, veröffentlichte bereits Anfang des Jahres seine Essaysammlung »Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus«, der Campus-Verlag hat mit »Inside Occupy« seine Reportage über die Bewegung übersetzt. Für September kündigt Diaphanes das Erscheinen seines Buches »Die falsche Münze unserer Träume: Wert, Tausch und menschliches Handeln« an. Von »Schulden« hat es vielbeachtete Vorabdrucke gegeben und kaum eine negative Rezension, zu Graebers Fans zählt neben Frank Schirrmacher auch Thomas Meyer, der Chefökonom der Deutschen Bank. Die Stadt Köln, Mitveranstalterin der ausverkauften Lesung, preist ihn als Mitglied der linksradikalen Basisgewerkschaft Industrial Workers of the World an. Zur Lesung kommt jedoch kaum jemand aus der linken Szene, das Publikum macht einen bürgerlich-liberalen Eindruck. Die Lesung selbst ist ein Desaster – und scheint so Graebers These von der Ratlosigkeit der herrschenden Klasse zu bestätigen: Der Moderator ist weder gut in die Materie eingearbeitet noch in der Lage, Graebers Aussagen adäquat zusammenzufassen. Die Veranstalter haben es versäumt, sich um einen Dolmetscher zu bemühen. Einige Zuhörer sind erbost, irgendwann versucht sich ein junger Mann an einer Simultanübersetzung, wird aber ständig aus dem Publikum heraus korrigiert. Das alles hat zur Folge, dass Graeber immer langsamer spricht und selbst den Zusammenhang seiner Gedanken nicht mehr überblickt. Allmählich übernimmt das Publikum die Regie, man hat den Eindruck, die Veranstaltung verwandele sich in ein linkes Plenum mit seiner Mischung aus Meinungschaos, Disziplinlosigkeit und strikter Vorgabe von Redezeiten. Nur ist das Publikum ein ganz anderes.

Vor 40 Jahren stellten französische Linksradikale die Behauptung auf, dass der Kapitalismus in seiner höchsten Vollendung oder – man war sich da nicht so sicher – im Übergang zur Dekadenz die Form des Sozialismus imitiere oder auf verkehrte Weise sogar verwirkliche: Produktion und Distribution scheinen immer mehr vergesellschaftet (kein Mensch kommt mehr auf die Idee, in Facebook oder Google privatwirtschaftliche Unternehmen zu sehen), in den USA sind Pensionsfonds, also private Rentenkassen, in die die Lohnabhängigen einer jeweiligen Firma eingezahlt haben, Mehrheitseigner der multinationalen Konzerne, in Deutschland ist es noch gar nicht so lange her, dass die Telekom-Aktie als ein Stück Volksvermögen angepriesen wurde. Es sind diese sozialistischen Elemente, die von den französischen Linksradikalen kritisiert wurden – und, wenn sie bei Verstand geblieben sind, immer noch kritisiert werden –, weil sie ein Indiz dafür sind, dass der Kapitalismus sich von einer jahrzehntelang, vielleicht jahrhundertelang gültigen Form – Privateigentum, Repräsentativsystem der bürgerlichen Demokratie, notorischer Hang zum Bonapartismus in Krisenzeiten – emanzipieren kann. Der vollständig vergesellschaftete Kapitalismus ist die vollständig kapitalisierte Gesellschaft. Und sprach nicht Marx so gut wie nie vom »Kapitalismus«, sondern von der kapitalistischen Produktionsweise? Also nicht von einer Gesellschaftsform, sondern von einem bestimmten Moment innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft? Die Differenz zwischen kapitalistischer Produktionsweise und Kapitalismus hat sich in der Entfaltung ersterer aufgehoben.

Dieser Kapitalismus-Sozialismus-Synthese kann im Grunde nur durch die Postulierung des Kommunismus, des totalen Bruchs mit der herrschenden Produktionsweise, wirkungsvoll

begegnet werden. Weitgehend ist diese Haltung Konsens unter Linksradikalen. Graebers Charme, seine Attraktivität für das bürgerliche Publikum wie auch die Distanz, die manche deutsche Linke ihm gegenüber einnehmen, liegen darin begründet, dass er mit den marxistischen Ultras den Kommunismusbegriff teilt – auf den ersten Blick nämlich als rein Negatives, Staat und Kapital radikal Entgegengesetztes –, nicht aber das Postulat des Bruchs: Der Kommunismus war immer schon da, er findet sich in allen Anstrengungen der Menschen, mit denen sie ihre Beziehungen freundschaftlich, liebevoll, kooperativ, solidarisch, rücksichtsvoll und ohne Berechnung gestalten wollen. Ohne Kommunismus – ohne ein wie fragmentarisch auch immer existierendes Gattungsbewusstsein – kann menschliches Leben nicht gelingen. Die verschiedenen Gesellschaftsformen zehren von diesem Rohstoff, sind ihm mehr oder weniger äußerlich oder reichen jedenfalls nicht so tief, dass sie das Kommunistische vollends usurpieren könnten. Deshalb kann Graeber so kokett davon sprechen, dass der Kapitalismus eine schlechte Form sei, den Kommunismus zu organisieren.

Graebers Kommunismusbegriff ist ein Friedensangebot an die Übermüdeten und Erschöpften: Keinen großen Sprung erwarten wir von euch, sondern eine Besinnung auf das, was ihr tagtäglich sowieso hundertfach vollzieht. Dieser Begriff von Kommunismus ist durchaus konservativ, insofern es Graeber um den Erhalt menschlicher Ressourcen geht. Deshalb kann er sich auch die Fortexistenz geldvermittelter Beziehungen vorstellen, etwa an den Rändern jener gesellschaftlichen Netzwerke, die die Staaten und Nationen aufgehoben haben. Graebers Kommunismus ist ein sehr unprätentiöser – oder eben auch anspruchsloser –, aber dennoch kein blauäugiger: Die Wahrscheinlichkeit eines autoritären Rollbacks schätzt er höher ein als die der Verwirklichung seiner Idee von Kommunismus. Die Begeisterung, die Graeber auslöst, dürfte viel mit der Alltagserfahrung der Menschen zu tun haben. Wir sind alle von Schulden bedroht; im Arbeitsalltag wie in der Reproduktionsarbeit erleben wir die Finanzwelt als losgelöst vom tagtäglichen Tun. Es ist kein Geld für die Einstellung dringend benötigter Erzieher und Lehrer vorhanden, während Milliardensummen auf unzähligen Krisengipfeln hin und her geschoben werden. Genau das wird von der Bevölkerung – man kann wohl sagen klassenübergreifend – als absurd erlebt. Wenn jemand den Schuldenmechanismus als genuin politischen dechiffriert, wie es Graeber tut, verleiht er also einem allgemeinen Gefühl Ausdruck.

In »Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus« schreibt er: »Seit mindestens 5 000 Jahren war das zentrale Anliegen von Volksbewegungen in der Regel ein Streit um Schulden – dies galt bereits lange bevor der Kapitalismus überhaupt existierte. Der Grund dafür ist folgender: Schulden sind das wirkungsvollste Instrument, das je geschaffen wurde, um diejenigen menschlichen Beziehungen, die im Grunde auf Gewalt und brutaler Ungleichheit beruhen, in den Augen aller Betroffenen moralisch und richtig erscheinen zu lassen. Wenn dieser Trick allerdings irgendwann einmal nicht mehr funktioniert, fliegt alles in die Luft. Genau dies geschieht aktuell. Schulden sind erwiesenermaßen die Schwachstelle innerhalb des Systems; der Punkt, an dem dramatischerweise alles außer Kontrolle gerät.«

Stutzig macht allerdings, wie sehr Graeber, der sonst ausgesprochen gut informiert ist, Marx’ kühnen Einfall vom Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate mit einer von ihm als unrealistisch abgewerteten Zusammenbruchsprognose verknüpft, die man bei Marx so eindeutig gar nicht findet und die auch in der kritischen Marx-Rezeption kaum eine Rolle

gespielt hat. Das Gesetz behauptet schließlich nicht, dass der Kapitalismus schlecht funktioniere und fehlerhaft sei. Im Gegenteil: Der Kapitalismus gerät in die Krise, weil er zu gut funktioniert. Er würgt an seinem eigenen Erfolg. Er ist bestrebt, den Arbeitern immer mehr unbezahlte Mehrarbeit abzupressen, aber über den Erfolg dieser Bemühungen stolpert er. In Marx' Worten: »Die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion ist das Kapital selbst.«

Die »wahre Schranke« sind nach Graeber aber viel eher der Staat und seine militärische Struktur. Ihnen weist er die Schuld am Unheil der Geschichte zu, der Staat ist der erste Adressat der revolutionären Aktion – dass es »ideologische Staatsapparate«, nämlich die Medien sind, die Graeber selbst Popularität verschaffen, möchte er lediglich zum Ausgangspunkt einer weiteren Radikalisierung machen. »Occupy« kritisiert er dafür, hinter die eigenen Ziele zurückzufallen. Wer jedoch die Analyse der Produktionssphäre vernachlässigt, entschlägt sich selbst eines wichtigen Analyseinstruments. Wer mit dem Chaos des Lebens gegen die Planungsmacht von Staat und Militär argumentiert, übersieht das Chaos des Kapitalismus, der viel unzusammenhängender und experimentierwütiger ist, als es die Manager glauben machen wollen. Der Konstitutionszusammenhang des Kapitalismus enthüllt sich in der Krise: als negativer. Das macht genau jenen Bruch erforderlich, den uns Graeber in seiner lässigen Art ersparen will.

Interview und Nachbemerkung: Felix Klopotek

© Jungle World Verlags GmbH